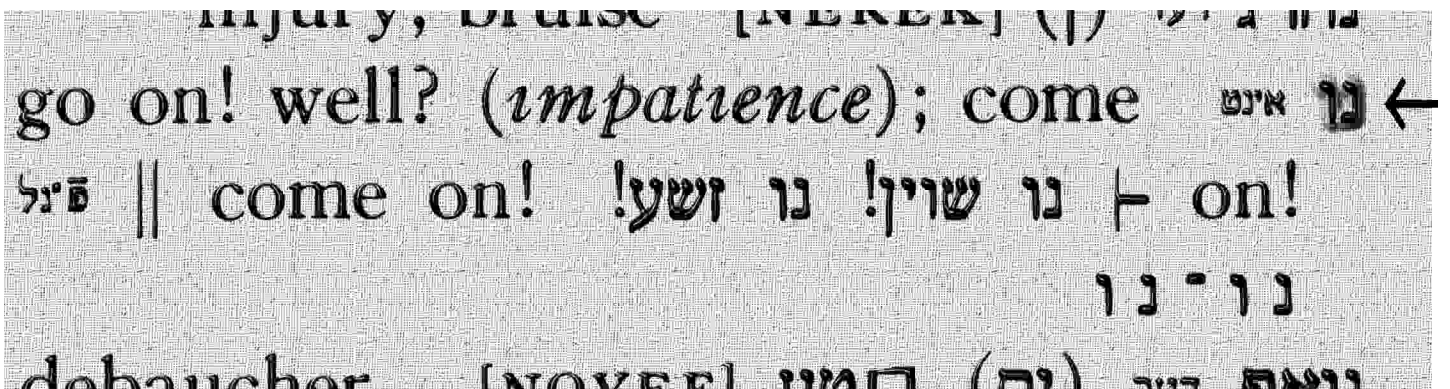


NU

NEWS ÜBER UNS

Ausgabe 0 / April 2000 / Adar II 5760



Nu.

Nu?!

Nu nu!!

Was hat es mit dem „Nu“ auf sich?

Es reimt sich erstens auf: Tu und kommt wahrscheinlich von: Nun.

Nu geht zweitens zum reinsten und typischsten Jiddisch vergleichbar vielleicht noch mit Oj!

Es kann drittens vieles sein: Beschwerde, Kommentar, eine spirituelle, verschmitzte oder humoristische Bemerkung, ein Chziken, Stöhnen oder Wehklagen.

Und viertens ist es eine Aufforderung.

Obwohl es nur aus zwei Buchstaben besteht, kann „Nu“ so viel ausdrücken:

Nu? - was gibt es Neues?

Nu? - was meinst Du?

Nu. - so weit so gut...

Nu?! - kannst Du Dir das vorstellen?!

Nu!! - Mach was!!

Editorial

Die Kultusgemeinde ist derzeit in aller Munde. Kaum ein Tag, an dem der Schuldenberg der IKG nicht in den Schlagzeilen ist. Die meisten Gemeindemitglieder sind von der prekären finanziellen Situation der Kultusgemeinde überrascht worden. Nur die wenigsten waren in die Tatsachen eingeweiht.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Gemeindemitglieder zu informieren und eine Diskussion in Gang zu bringen. Eine Aufgabe, die das Mitteilungsblatt unseres Präsidenten „Die Gemeinde“ nicht erfüllen will.

Wir haben lange überlegt, ob es aufgrund der politischen Situation gerade jetzt ein guter Zeitpunkt ist, eine Diskussion über den Zustand der Kultusgemeinde anzukurbeln.

Unser Schluß ist, daß gerade jetzt Transparenz und Selbstreinigung notwendig sind, um uns nicht noch weiteren Vorwürfen aussetzen zu müssen.

Die Desintegration und Enttuschung über die IKG sind groß. Da wir aber in dieser jüdischen Gemeinde leben, werden wir vertreten, ob wir wollen oder nicht und damit auch in Geiselschaft genommen.

Es ist daher an uns, initiativ zu werden. Wir müssen jetzt ins Reine kommen. Gehen wir in die Offensive!
Mit der **NU** Nummer dieser Zeitung machen wir einen Anfang. Es gibt viel anzusprechen und zu diskutieren.

Wir laden Sie dazu ein!

Der neue IKG-Präsident ist nunmehr zwei Jahre im Amt, was ist bisher geschehen:

Die IKG steht am Rande des Konkurses, das Restaurant ist wie zu seinem Amtsantritt geschlossen, die Öffentlichkeitsarbeit der Kultusgemeinde ist ein Disaster, den in den Wahlbroschüren angekündigten Presse-Sprecher hat es nie gegeben.

Das Maimonides-Zentrum wurde kontrolliert, aber was hat sich verändert?

Informationen über diese Themen werden uns vorenthalten.
In die Öffentlichkeit dringen meist Äußerungen ohne Substanz, dabei ist gerade jetzt Substanz statt Effekthascherei gefordert.

Neben den brisanten aktuellen Problemen finden auch keine Diskussionen über generelle Tabuthemen statt:
Who ist a Jew, die Situation in Israel, Sinn einer Einheitsgemeinde, etc.

Weder in der „Gemeinde“ liest man darüber, noch werden je im Gemeindezentrum Diskussionen dazu abgehalten.

Wir wollen all dem Abhilfe schaffen und zu einer breiten Diskussion anregen.

**Wir laden Sie ein, mitzumachen!
Nur so können wir unsere Kultusgemeinde mitgestalten.**

Am Rande des Konkurses

Wie bereits den zahlreichen Aussendungen und Erklärungen der IKG-Führung in den letzten Wochen zu entnehmen war, befindet sich unsere Gemeinde in einer drama-

tischen finanziellen Situation. Das vorläufige Ergebnis für das Budgetjahr 1999 weist ein nie dagewesenes **Rekordminus von 54 Millionen** auf.

Die Schulden sind auf 700 Millionen angewachsen

Es wurde argumentiert dies seien Altlasten, aber die Zahlen und Fakten widersprechen dieser Aussage:

Die Defizite in den Jahren vor 1998 waren viel geringer. Sie hatten 10 Millionen bis 15 Millionen jährlich betragen. Anlässlich der Kultusratswahlen 1998 hatte Präsident Muzicant sogar für 1998 ein ausgeglichenes Budget und die Abschaffung der Kultussteuer versprochen:

Fraktion Dr. Muzicant, Zeitung „ATID“, Jahrg. 2, No3, Jänner 98

„Wirtschaftliche Kompetenz“

„ATID-Kandidatin Judith Adler ist die erste Vorsitzende der Finanzkommission, die ein Budget (1998) mit einem Überschuss vorgelegt hat. Ihre Leistung, eine effiziente, transparente, leicht kontrollierbare Finanzgebarung eingeführt zu haben, ist unbestritten. Effizienz, wenn es sich um unser aller Geld handelt, bedeutet mehr Mittel für Kultur, Soziales und Jüdische Erziehung. Das Abbauen unserer Schulden bedarf ebensolcher kompetenter Fachleute, welche ATID wie keiner anderen Gruppe zur Verfügung stehen.“

Tatsächlich sprang bereits das Defizit im Jahr 1998 auf 24,1 Millionen an, um im Jahr 1999 nunmehr die beängstigende Höhe von 54 Millionen zu erreichen, obwohl ein Abgang von „nur“ 24,8 Millionen budgetiert war.

Weiters nicht sehr beruhigend: Für

das Jahr 2000 ist bereits wieder ein Abgang von 32,8 Millionen budgetiert und bereits im Jänner wurden die ersten Überschreitungen beschlossen.

Die Gründe für die Explosion der Defizite sind daher in den letzten zwei Jahren zu suchen:

- In fast allen Kostenstellen gab es starke **Ausgabenerhöhungen**, u. a. beträchtliche **Aufstockung des Personals im Präsidium/Amts-direktion**;

- Besonders beunruhigend ist in diesem Zusammenhang, daß zum Teil sogar **Ausgaben ohne Kultusratsbeschluss** getätigt wurden. Ein krasser Verstoß gegen das Statut der IKG.

- Darüber hinaus gab es im Jahr 1999 einige **außerordentliche Ausgaben** wie z. B.:

- 4,7 Mio. - Umbau der Büros in der IKG (allen voran Präsidium, Amtsdirektion)

- 4,8 Mio. - Umbau des koscheren Restaurants

- Abfindungen/Abfertigungen von ehemaligen Angestellten

- Gleichzeitig sind - wohl auch aufgrund der Ankündigungen des Präsidenten im letzten Wahlkampf, daß die Kultussteuer abgeschafft werden kann - die Kultussteuereinnahmen gesunken:

1992 bis 1997:

Zwischen 10,4 - 12,0 Mio.

1998: 9,3 Mio.

1999: 8,4 Mio.

Der Schuldenstand der IKG betrug im Juni 1998 insgesamt 567 Millionen, davon entfallen 427 Millionen auf Projekte und 140 Millionen ergaben sich aus akkumulierten Defiziten. Im Dezember 1999 zeigte sich ein Schuldenstand von 680 Millionen.

Wir haben ein Problem.

Was tun?

Gegenwärtig wird diskutiert, eine Abdeckung der Defizite durch die öffentliche Hand anzustreben mit dem Argument, daß **andernfalls die jüdische Gemeinde in Wien aufgelöst** werden müßte, deren geringe Anzahl an Mitgliedern in direktem Zusammenhang mit den Folgen der Jahre 1939 bis 1945 steht. In diesem Zusammenhang liegt der Vorschlag auf dem Tisch eine massive und gefährdete **Zuwanderung** von 60.000 bis 80.000 Juden nach Wien anzustreben, um die dezimierte jüdische Bevölkerung in Wien wieder zu vergrößern. Die „**Nebenwirkung**“ dieser Vorgangsweise wäre ein **ausgeglichenes IKG-Budget**.

Ist das der Weg?

Was denken Sie?

Kommentar:

„Das Problem in der Kirche ist der Koch“,

rief Avraham Magits s.A., oberster Kultusvorsteher für herer Zeiten, einmal in einer jener Reden aus, die den Anspruch hatten, historische Tragweite zu besitzen.

Denn die Probleme in unserer Gemeinde entstehen tatsächlich durch die handelnden Personen und nicht durch den politischen

Inhalt. Nicht grundlos finden die Auseinandersetzungen oft auf der persönlichen Ebene statt, in der Sache selbst gibt es keine großen Meinungsverschiedenheiten. Wer ist schon für Haider, wer ist schon dafür, daß die FP in der Regierung ist? Und wer ist schon dagegen, daß geraubtes jüdisches Vermögen zurückgegeben wird?

Um es auf den Punkt zu bringen:

Das Problem resultiert aus der mangelnden Integrität der handelnden Personen. Es wird zu viel geschummelt, geblufft, sich wichtig gemacht, für den Augenblickseffekt getan. Ein Wort ist kein Wort. Der eigenen Aussage wird am nächsten Tag widersprochen. Hauptsache: Zwei Mal zu Wort gemeldet.

Zu Haider und der Regierungsbeteiligung der FP ist alles gesagt worden, und das mehrfach. Jetzt gilt es, sich für die politische Auseinandersetzung mit der neuen Regierung vorzubereiten, also sie einerseits im Hinblick auf deren Politik und Verhalten sehr genau zu beobachten, andererseits aber die Zeit zur moralischen Aufrüstung oder besser: Nachrüstung zu nutzen.

Dies erstens deshalb, weil in unserer Gemeinde vieles im Argen liegt - siehe auch die Berichte in dieser Zeitung. Dies zweitens, weil die Bereitschaft unserer Gegner, die IKG wie einen „normalen“ politischen Gegner zu attackieren, zusehends wächst. Wir müssen davon ausgehen, daß Fehler und Mißstände in Zukunft öffentlich gemacht werden, um unsere Position zu schwächen.

Daher ist unsere bisherige Haltung obsolet, nicht offen über die Probleme in unserer Gemeinde zu sprechen. Diskutieren und beseitigen wir die Mißstände nicht, werden wir bald sehr viel

Erklärungsbedarf und jede Bedeutung einer moralischen Instanz verloren haben. Um sie hingegen ganz offen zu diskutieren, ist diese Zeitung gegründet worden und aus diesem Grund habe ich mich zur Mitarbeit entschlossen.

In diesem Sinne: Es ist von Präsident Muzicant nicht integer, die Restitutionsdebatte in Österreich mit der Behauptung einzuleiten, es ginge dabei nicht um Geld (Frühjahr 1998), um 2 Jahre später (Jänner 2000), frei von der Leber weg zu bekennen, daß man sehr wohl, sehr viel und dringend Geld vom Staat benötige, weil man andernfalls zahlungsunfähig sei.

Es geht nicht an im Wahlkampf des Jahres 1998 ein ausgeglichenes Budget anzukündigen, es sodann zu Rekorddefiziten bisher nicht dagewesenen Ausmaßes explodieren zu lassen und sich sodann als Retter aus der Not zu gerieren, indem man - unter Hinweis auf die Verbrechen der Nazizeit - die österreichische Bundesregierung, bzw. die Öffentlichkeit in die Pflicht nehmen will.

Ein weiteres Beispiel: Es verursacht politischen Schaden und gefährdet unsere Glaubwürdigkeit, in dieser politisch heiklen Zeit (Oktober 1999) eine dramatische Zunahme an Übergriffen auf Juden zu behaupten, ja sie sogar zu beziffern (80), ohne daß auch nur ein einziger dieser Übergriffe bei der Polizei angezeigt

oder wenigstens nachvollziehbar dokumentiert worden wäre.

Weiters: Es schadet politisch und gefährdet unsere Glaubwürdigkeit, den Bericht der IKG-Kontrollkommission über das Maimonides-Zentrum, der Mißstände beschreibt und Verantwortlichkeiten klärt, der Öffentlichkeit so lange vorzuenthalten, bis österreichische Medien das Thema aufgreifen und uns die Arbeit abnehmen.

Es wäre hoch an der Zeit, sich diesem unheimlichen Kapitel der IKG zu stellen und zuzugeben, daß manch verteilte, und vor Gericht bekämpfte Kritik am Maimonides-Zentrum jetzt wohl in einem anderen Licht zu sehen ist.

Die Politik der IKG war überwiegend falsch, undurchsichtig und unveränderbar gewesen, hatte ich anlässlich der IKG Wahlen 1998 geschrieben. Daran hat sich bisher leider nichts geändert.

Martin Engelberg

Der Kontrollbericht über das Maimonides-Zentrum

Die Kontrollkommission der Israelitischen Kultusgemeinde hat in der Zeit von Oktober 1998 bis Mai 1999 durch anerkannte Sachverständige und Experten eine umfassende Überprüfung des Maimonides-Zentrums durchgeführt. Der Schlußbericht der Kontrollkommission wurde dem Kultusvorstand der IKG im Juni 2000 vorgelegt.

Er dokumentiert **Unzulänglichkeiten, Rechtsverstöße und grobe Mängel**. Der Kultusvorstand hat den Bericht nicht angenommen und auch eine Veröffentlichung **nicht erlaubt**. Die Kontrollkommission ist daraufhin **zurückgetreten**. Auszüge der Erklärung der Kontrollkommission finden Sie als Dossier in dieser Zeitung.

Die wichtigsten Erkenntnisse:

- Die Atmosphäre im Maimonides-Zentrum wurde von den Experten als pathogen und als von Angstdruck und Demütigungen gekennzeichnet evaluiert.

- Ebenso wie unter den Heimbewohnern herrschte auch unter den Mitarbeitern ein Klima von Angst und Mißtrauen, das sich während der Tätigkeit der Kontrollkommission weiter verschlechterte: Kritikendes Personal wurde angegriffen, eingeschüchtert und mit Klagen und Entlassungen bedroht, die in einigen Fällen, sachlich nicht gerechtfertigt, auch durchgeführt wurden.

- Einrichtungen einer laufenden Kontrolle bzw. Innenrevision existieren nicht im Maimonides-Zentrum. Das gilt auch für die IKG im allgemeinen.

- Im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung unterstützt nicht die IKG das Maimonides-Zentrum, vielmehr flossen, je nach Auslegung, bis zu 10 Millionen jährlich vom Maimonides-Zentrum an die Kultusgemeinde.

Währenddessen gab es im Maimonides-Zentrum unter anderem aus Budgetgründen:

- Unzureichendes und unzureichend qualifiziertes Pflegepersonal. Das Pflegepersonal wurde weder aufgestockt noch erfolgten Maßnahmen um bestehen-

des Personal fort- bzw. weiterzubilden.

- Als ebenso unzureichend erwies sich die medizinische Versorgung der Heimbewohner.

- Bezüge des leitenden Personals zeigten sich als ungewöhnlich hoch und undurchsichtig. Das Bruttogehalt des Geschäftsführers belief sich zuletzt auf ca 2,2 Millionen, das der Heimleiterin zuletzt auf etwa 1,5 Millionen.

- Unterlagen über Vereinbarungen denen zufolge die IKG dem Geschäftsführer und der Heimleiterin das Recht einräumte, Privataufwendungen als Betriebsaufwand vergütet zu erhalten, sowie Belege, divergierten und/oder waren unvollständig.

- Die verrechneten Gesamtsummen von Reise- und Fahrtspesen, Kilometergeldabrechnungen und Repräsentationsaufwand wichen von den vereinbarten Beträgen ab. Teilweise fehlten die Unterlagen völlig.

Der Geschäftsführer und die Heimleiterin sind mittlerweile nicht mehr im Amt.

- Das Maimonides-Zentrum zahlte an den Geschäftsführer eine Abfertigung in der Höhe von 820.000,-. Ein von der Kontrollkommission in Auftrag gegebenes Gutachten stellte fest, daß dem

Geschäftsführer eine solche nicht zugestanden wäre. Die Kontrollkommission wirft in diesem Zusammenhang dem Präsidenten der IKG und dem Vorsitzenden des Beirates des Maimonides-Zentrums einen sorglosen Umgang mit dem IKG-Vermögen vor.

- Die IKG und das Maimonides-Zentrum bezahlten an die Heimleiterin eine
 - Abfertigung von 5 Millionen Schilling. Zusätzlich wurden ihr zugesagt: die
 - Beschreibung ihres Dienstwagens um 1,-. Ein
 - Hauptmietvertrag für ihre Dienstwohnung auf den Namen ihrer Tochter zu einem für 15 Jahre reduzierten Mietzins, sowie der
 - Ersatz für potentielle Rechtskosten im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das MZ, einschließlich für Verwaltungs- und Finanzstrafverfahren

Erklärung der Kontrollkommission

Die folgende Erklärung der Kontrollkommission wurde dem Präsidenten der IKG und allen Kultusvorstehern am 25. Jänner 2000, mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und Veröffentlichung in der nächsten Ausgabe der „Gemeinde“ übermittelt. Weder der Präsident noch der Kultusvorstand reagierte auf diese Erklärung. Es erfolgte auch keine Ver-

öffentlichung in der „Gemeinde“. Eine Begründung dafür wurde nicht gegeben. Wir halten die Erklärung der Kontrollkommission für wichtig, da in dieser, in einer sachlichen Art und Weise versucht wurde, die Verantwortung für die Mißstände im Maimonides-Zentrum darzustellen und geben diese im folgenden auszugswise wieder:

Erklärung der Kontrollkommission:

Die Überprüfung des Maimonides-Zentrums wurde sehr gewissenhaft und mit einem großen Aufwand an Zeit und Energie durchgeführt. So wurden alle leitenden (bzw. ehemals leitenden) Mitarbeiter des MZ, zum Teil mehrmals, befragt sowie Heimbewohner, Angehörige von Heimbewohnern und Mitarbeiter (auch ehemalige) in insgesamt über 100 Einzelgesprächen gehört. Alle Aussagen wurden protokolliert.

Darüber hinaus wurden als Sachverständige beigezogen:

- **Price Waterhouse AG**, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- **Prim. Dr. Christian Petrau**, Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, Psychotherapeut, allg. beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger, Vorstand der 3. Psychiatrischen Abteilung am Therapiezentrum der Stadt Wien (Ybbs/Donau);
- **Dr. Daniel Charim**, Rechtsanwalt.

Zusätzlich wurden Expertisen folgender Personen in den Bericht der Kontrollkommission aufgenommen:

- **Mag. Evelyn Böhmer-Laufer**, Psychoanalytikerin und Klinische Psychologin, Mitinitiatorin des „Böhmer-Laufer Psychosozialen Praktikums“ im MZ;
- **Prim. Dr. Franz Böhmer**, Facharzt für Innere Medizin, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie und
- **Univ. Prof. Dipl. Psych. Dr. Peter**

Fischhof, Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, Psychotherapeut.

Ergebnis:

Die Kontrollkommission stellte als Resultat der Überprüfung des MZ Unzulänglichkeiten, Rechtsverstöße und grobe Mängel fest.

Zur Verantwortung

Geschäftsführer

Ihn traf ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die im Bericht der Kontrollkommission dargestellten Mißstände: Er war von 1991 bis 1998 Geschäftsführer der SANATORIUM MAIMONIDES-ZENTRUM Elternheim, Pflegewohnheim, Tagesstätte und Krankenanstalten GmbH. Geschäftsführer sind den Eigentümern gegenüber für die sorgfältige und ordentliche Abwicklung der Geschäfte verantwortlich. Im Fall der Verletzung ihrer Obliegenheiten haften sie für allfällige daraus entstandene Schäden.

Heimleiterin

Nicht zuletzt infolge der seltenen Anwesenheit des Geschäftsführers, nahm die Heimleiterin wesentliche Agenden der Geschäftsführung wahr.

Ein Großteil der internen Probleme zwischen Administration und Mitarbeitern, Mitarbeitern und Heimbewohnern, Heimbewohnern und Administration, ging auf ihre polarisierende und machtbewußte Art zurück, die sich häufig in einem

Freund-Feind Schema bewegte.

Beirat des Maimonides-Zentrums

Dem Beirat des MZ war dies alles bekannt. Darüber hinaus mußte er zweifellos von den sonstigen Mißständen. Er hatte jedenfalls die Pflicht gehabt, sich über alle Vorgänge im Haus regelmäßig informieren zu lassen und dementsprechend Schritte zu setzen.

Hingegen hat er nach außen „gemauert“ und dringend nötige Maßnahmen sowie personelle Konsequenzen abgelehnt bzw. unterlassen.

Kultusvorstand der IKG

Ähnliches gilt für den Kultusvorstand, das oberste Organ der IKG: Dort waren die Probleme rund um das Maimonides-Zentrum seit 1989 Gegenstand endloser Diskussionen. Unter anderem gab es die Überlegung, einen eigenen Geschäftsführer zu bestellen - dies unter anderem, um der Heimleiterin die de-facto-Geschäftsführung zu entziehen.

Statt sich um sinnvolle Lösungen zu bemühen, kämpfte der Kultusvorstand in ebenso langen wie teuren wie zermürbenden Prozesse gegen Dr. Fritz Rubin-Bittmann, der Mißstände im Maimonides-Zentrum angeprangert hatte.

Es kann daher den Kultusvorstehern der Legislaturperioden 1989 bis 1998 der Vorwurf nicht erspart werden, den Anliegen der Bewohner und Mitarbeitern des

Maimonides-Zentrum nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt, nicht ein Korrektiv für die negative Entwicklung im Maimonides-Zentrum geboten und Energie sowie Ressourcen in andere, weniger heikle Bereiche investiert zu haben.

Schlußendlich ist in der Sache der Abfertigungszahlungen an den Geschäftsführer dem derzeitigen Präsidenten der IKG sowie auch dem Vorsitzenden des Beirates des Maimonides-Zentrum ein unprofessioneller wenn nicht sogar sorgloser Umgang mit den (vor allem finanziellen) Interessen der IKG, vorzuwerfen.

Reaktion des Kultusvorstandes

Die o. g. Ergebnisse wurden dem Kultusvorstand in einem umfassenden und detaillierten Bericht in den Sitzungen des Kultusvorstandes am 1. Juni 1999, 16. November 1999 und schließlich am 13. Jänner 2000 zur Kenntnis gebracht und wurden seitens der Kontrollkommission folgende Anträge gestellt:

I.
Der gegenständliche Schlußbericht möge zur Kenntnis genommen werden.

Das Resümee möge in der nächsten Ausgabe der Zeitung „Gemeinde“ veröffentlicht werden.

Ein vollständiges Exemplar des Schlußberichtes möge in den Räumen der Amtsdirektion, zur Einsichtnahme für alle Mitglieder der IKG aufgelegt werden.

Beschluß des Kultusvorstandes:
abgelehnt

II.
Der Kultusvorstand möge die laufende Kontrolle und Evaluierung der medizinischen, pflegerischen und psychischen Betreuung der Bewohner des MZ durch externe Fachleute und deren direkte Berichterstattung an den Kultusvorstand anordnen.

Beschluß des Kultusvorstandes:
abgelehnt

III.
Der Kultusvorstand möge anordnen:

- die regelmäßige und professionelle Erstellung der laufenden Jahresbudgets, dessen Kontrolle und Einhaltung;
- die Erstellung eines Investitionsbudgets welches die Finanz- und Liquiditätsplanung erleichtert und hilft, Liquiditätsengpässe zu vermeiden;
- die Schaffung einer verantwortlichen Instanz bzw. die Beiziehung eines externen Beraters, mit dem Ziel, ein effizientes System der Abläufe und internen Kontrollmaßnahmen für das MZ herzustellen;
- die Herstellung und Einhaltung der grundlegenden Regeln einer ordentlichen kaufmännischen Gebarung im MZ, insbesondere in den Punkten: Verschuldung, Wertberichtigung von Forderungen, Prüfungspflicht durch einen Wirtschaftsprüfer (gemäß § 268 Abs. 1 HGB).

Beschluß des Kultusvorstandes:
abgelehnt
(wobei argumentiert wurde, daß die meisten Forderungen bereits erfüllt wären)

IV.
Der Kultusvorstand beschließt den Austausch der Vorstandsmitglieder der „Privatstiftung zur Förderung der Entwicklung des Maimonides-Zentrum“ gemäß den Satzungen der Stiftung. Weiters werden bis längstens 31. Jänner 2000 die derzeitigen Mitglieder des Aufsichtsrates abberufen und - wie ursprünglich geplant - durch sozial engagierte Personen des öffentlichen Lebens ersetzt.

Beschluß des Kultusvorstandes:
ist bereits (mit anderem Zeitplan) erfolgt

V.
Der Kultusvorstand beschließt eine laufende Kontrolle, bzw. Innenrevision der IKG und aller ihrer Anstalten.
Die Kontrollkommission wird beauftragt ein Konzept samt Budgetierung vorzulegen. Dieses möge auch ein Prozedere hinsichtlich der Prüfung von mit der IKG kooperierenden Vereinen (z. B. Verein der Freunde des Maimonides-Zentrums) beinhalten.

Beschluß des Kultusvorstandes:
angenommen

VI.
Die Gesamtkosten der Überprüfung der Maimonides-Zentrums betragen S 332.000,-. Eine detaillierte Aufschlüsselung liegt dem Bericht bei.

Beschluß des Kultusvorstandes:
angenommen

Das Restaurant:

Treffe le Pessach

Die jüdische Gemeinde Wiens muß bis auf ein kurzes Zwischenspiel seit nunmehr zwei Jahren auf ein koscheres Restaurant verzichten. Das Versprechen, zu **Pessach 1998** werde das Restaurant eröffnet, verschiebt sich von Jahr zu Jahr.

Nach monatelangem Tauziehen über die Haschgacha und einer schleppenden Ausschreibung ist es im Sommer 1999 letztendlich zu einer äußerst **umstrittenen Entscheidung** gekommen: Ein Pächter wurde ausgewählt, dessen Qualifikation und Bonität von vornherein in Zweifel

stehen. Die Rabbiner Wiens weigerten sich, ihm eine Haschgacha auszustellen.

Die Kultusgemeinde ließ dennoch die Arche Noah um **4,8 Millionen Schilling** umbauen, um 250.000 Schilling wurde ein Kashrut-Anforderungskatalog erstellt, zusätzliche Kosten: Maschgichim für wenige Wochen Restaurantbetrieb **142.000 Schilling**. Der Pächter wirft nach zwei Monaten das Handtuch und wird mit **350.000 Schilling** abgefertigt.

Nun tagt wieder die bewährte Restaurantkommission. Und tagt. Und tagt....

Kommentar:

Unbeachteter Leserbrief

An die Redaktion der Gemeinde

Betreff: Die Gemeinde vom Februar 2000

Sehr geehrte Damen und Herren von der „GEMEINDE“

Auch dem geduldigsten Leser Eurer Zeitschrift ist es irgendwann einmal zuviel:

Die Zeitung der IKG-Wien hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem betulichen Blattchen entwickelt, das viele - vor allem jüngere - Adressaten ungelesen in der Rundablage (Mistkorb) deponieren. Aber jetzt ist der Punkt erreicht, der selbst zur ckhaltende Leser zwingt, Meinung zu bekennen:

Daß in der Februar-Ausgabe am Titelblatt sich kein anderes Motiv finden konnte, als den verehrten Dr. Kohn mit österreichischem Bundesverdienstkreuz, empfinden in der derzeitigen Situation viele als blanken Hohn!

Daß unser verehrter Präsident mit staatsmännischen Wortmeldungen auf sich aufmerksam macht wie „Die FP ist kein jüdisches sondern ein europäisches Problem“ verkennt die Situation: Dr. Muzicant ist nicht Leiter der Europäischen Kommission sondern „nur“ Präsident der IKG-Wien und als solcher sollte er sich eher mit den Sorgen und Nöten

vieler Gemeindemitglieder beschäftigen statt mit der internationalen Reputation der FP.

Von diesen Sorgen und Nöten stand absolut nichts in der Februar-Ausgabe der „Gemeinde“.

Es geht auch nicht an, daß in Eurer Zeitung so gut wie nur konforme Meinungen gebracht werden, statt das breite - oft widersprüchliche - Meinungsspektrum unserer Gemeinde und des Kultusvorstandes wiederzugeben. Ich lese nirgends über die Ansichten von Herrn Dr. Rubin, Herrn Dr. Liska oder Herrn Mag. Engelberg; es scheint fast so als agierten diese

dank Eurer Mithilfe unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

„Die Gemeinde“ muß schleunigst aktueller, schärfer und informativer werden, dafür kann an Seiten wie auch an bunten Bilderchen ruhig gespart werden. Die Frage ist nicht, ob Ihr reformiert sondern nur wann das geschieht, sonst werden wir und andere ersuchen, die Zustellung der Gemeinde an uns zu stoppen.

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Michael Schnarch

P.S.: Ich bin echt neugierig, ob Ihr die Courage habt, diesen Leserbrief ungekürzt zu veröffentlichen.

NU
NEWS ÜBER UNS

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
1011 Wien, Postfach 1479
Grafikdesign: Badian
Druck: Druckerei Schmitz
1200 Wien, Leystraße 43,
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien